



Antrag für die 2. ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung
der Universität Wien am 16.12.2022

Solidarität muss Praxis werden!

Unterstützung des Briefes von FEYKOM an die Bundesregierung & den Bundespräsidenten

Die ÖH Uni Wien unterstützt nachfolgenden Brief von FEYKOM:

Offener Brief

Beenden wir den türkischen Angriffskrieg, brechen wir das Schweigen, gemeinsam für Kurdistan!

An die österreichische Bundesregierung und den österreichischen Bundespräsidenten,

seit der Nacht auf den 20. November 2022 fliegt die türkische Armee Luftangriffe auf Nord und Ostsyrien. Die Vorbereitungen zu einem Einmarsch von Bodentruppen in die kurdischen Gebiete sind laut dem türkischen Staatspräsidenten abgeschlossen und stehen unmittelbar bevor. Die Türkei eskaliert damit erneut den Krieg gegen das demokratische Projekt Rojava und die Menschen, die dort leben. Sie setzt ihre anhaltende Vernichtungs- und Besatzungspolitik fort und befördert bewusst das Wiedererstarken des Islamischen Staates.

Rojava steht im Gegensatz dazu für Frieden. Ausgehend von den kurdischen Gebieten bauen die Menschen in Nord- und Ostsyrien seit 2012 eine neue gesellschaftliche Perspektive für den Mittleren Osten auf. Mitten im Chaos des syrischen Krieges leben Araber*innen, Assyrer*innen, Aramäer*innen und Kurd*innen über ethnische und religiöse Grenzen hinweg friedlich zusammen. Umringt von Diktaturen und despotischen Herrschern organisieren sie ihr Leben demokratisch und emanzipatorisch. Sie folgen dabei ökologischen Prinzipien; ein Quotensystem sowie ein weiblich

Solidarität muss Praxis werden!

wie männlich geteilter Co-Vorsitz garantieren die gleiche politische Teilhabe von Frauen und Männern.

Die internationale Gemeinschaft – und insbesondere die USA und Russland, die den nordostsyrischen Luftraum kontrollieren – hat dem erneuten Angriff der Türkei zugestimmt.

Die Konsequenz ist, dass Menschen in Nord- und Ostsyrien sterben oder zur Flucht gezwungen werden. Es sind jene Menschen, die noch vor wenigen Jahren von der internationalen Gemeinschaft gegen den Willen der Türkei darin unterstützt wurden, den IS aus der Region zurückzudrängen. Jetzt lässt es genau diese Gemeinschaft zu, dass die Türkei gezielt zivile Infrastruktur zerstört, die Region destabilisiert und zu einem Wiedererstarken des IS beiträgt. Eine Situation wie 2018 nach dem türkischen Besatzungskrieg in Afrin, die für die dort lebende Bevölkerung Vertreibung, Femizide und Zwangsumsiedelung bedeutet hat, muss unbedingt verhindert werden.

Wie kann es sein, dass die Türkei einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führt und dem nicht einmal widersprochen wird?

Wie kann es sein, dass die Bombardierung der Bevölkerung sowie lebensnotwendiger Infrastruktur keine Konsequenzen hat?

Wie kann es sein, dass wir Verbündeten im Kampf gegen den IS nicht zur Seite stehen, wenn sie uns am dringendsten brauchen?

Das Schweigen aus Österreich bedeutet Zustimmung. Zustimmung zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei gegen unsere Verbündeten. Zustimmung zur Vernichtung eines multiethnischen Lebens in Freiheit und Gleichberechtigung. Zustimmung zum Wiedererstarken des IS und seiner frauen- und lebensfeindlichen Ideologie. Die österreichische Bundesregierung und der österreichische Bundespräsident müssen ihr Schweigen brechen und eine aktive Friedenspolitik verfolgen.

Wir als Unterzeichner*innen dieses Briefes fordern

- eine Verurteilung des türkischen Angriffskriegs gegen Rojava
- den Aufbau diplomatischer Beziehungen mit Rojava

Solidarität muss Praxis werden!

- einen entschiedenen Einsatz für Menschenrechte gegenüber der Türkei und seinen Vertreter*innen

Wir stehen gemeinsam für Kurdistan und für das Ende des türkischen Angriffskrieges!

Daher möge die 2. ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Universität Wien im Wintersemester 2022/23 beschließen:

- Die ÖH Uni Wien unterstützt den offenen Brief von FEYKOM an die österreichische Bundesregierung und den österreichischen Bundespräsidenten und unterzeichnet ihn.
- Die ÖH Uni Wien stellt sich weiterhin klar hinter die Revolution in Rojava und verurteilt den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei öffentlichkeitswirksam.

Solidarität muss Praxis werden!